

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das Volksblatt erscheint mit täglichen Beilagen. Es ist Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und demokratischen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605, 24667, 26605. Persönliche Ausfunfterteilung mittags von 13 bis 14 Uhr. — Einzelnummern eingekauften Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen.

Verlagspreis monatlich 1.80 und 0.30 RM. Zustellungsgebühr. Insgesamt 2.10 RM. für Wähler wöchentlich 0.45 RM. Verlagspreis 2.10 RM., durch Postboten zugestellt 2.50 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2.40 RM. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 80 Pf. im Reklameteil der Millimeter. Hauptgeschäftsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605, 24667, 26605. Verlagskonto 20319 Erfurt.

Was hat das Reichsarbeitsministerium getan? / Das Millionenheer der Arbeitslosen wartet

Protest der Gewerkschaften

Gegen die Verschleppung der Arbeitszeiterkürzung

Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitszeiterkürzung, nachdem sich die Arbeitgeber — wie zu erwarten war — bodenlos zeigen, auf die lange Bank geschoben.

Er hält zwar vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit „nach wie vor für dringend erwünscht“, aber praktisch tut er zunächst einmal für die Arbeitszeiterkürzung auch „dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich tragbar“ ist, so viel wie nichts. „Wenn die Arbeiter für eine beherrschte Arbeitszeiterkürzung wieder aufgenommen werden, wird“ — so erklärt der Reichsarbeitsminister — „von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Preis-

Die Entlassungen nehmen zu, Neueinstellungen erfolgen nur wenige, weil jeder stärkere Arbeitsanfall durch Erhöhung der Arbeitsstunden der Belegschaft, die ja meist in Kurzarbeit steht, bemähtigt wird. Gewiß kann heute angesichts der starken Kurzarbeit eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden nicht mehr so starke arbeitsmarktpolitische Auswirkungen haben wie zu der Zeit, wo die Gewerkschaften die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche aufstellten. Deswegen braucht man aber auf die 40-Stunden-Woche nicht gleich zu verzichten. „Noch immer“, so betont die „Ge-

werkschaftszeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, „dann gerade die Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel sein, einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lebensmut zu geben. Es ist unverständlich, daß sich das Arbeitsministerium resp. die Reichsregierung immer noch gegen einen Schritt sträuben, der infolge der strukturellen Wandlungen unseres Arbeitsapparates eine zwingende Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.“

Wie lange noch, Herr Reichsarbeitsminister?

Rosenberg phantasiert

Eine Erklärung der Reichsregierung

Zu der Behauptung des Chefredakteurs des „Völkischen Beobachters“, Alfred Kolzberg, daß „der noch immer amtierende Reichsarbeitsminister von jeder autoritativer ausländischer Seite ausserordentlich geschätzt wird, daß er nicht mehr verhandlungsfähig sei ohne Adolf Hitlers Unterstützung, da ja kein Volk mehr hinter der Regierung stehe“, wird auf Anfrage von zuständiger Stelle erklärt, man habe von einem solchen amtlichen Dements abgesehen, weil diese Behauptung des Herrn Rosenberg das Maß der erlaubten Phantasie übersteige.

gestaltung und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarkts abhängen.“

Die Gewerkschaften sind von dieser Haltung des Reichsarbeitsministers recht wenig erbauet. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher jetzt gegen die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums durch folgenden, an den Reichsarbeitsminister gerichteten, Brief Verwahrung eingelegt:

„Mit starkem Bedauern hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kenntnis genommen von der im Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ausgesprochenen Absicht, von der der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Vollmacht, die gesetzliche Höchstarbeitszeit für einzelne Berufsgruppen herabzusetzen, zunächst keinen Gebrauch zu machen.

Wir können die Begründung dieser Stellungnahme nicht anerkennen. Die Gestaltung des Arbeitsmarkts und betriebswirtschaftliche Rationalisierung in allen Betrieben eine der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit ist, ist unbestritten. Damit wird die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit immer mehr zu einer der wesentlichen Voraussetzungen einer systematischen Bekämpfung der aus der Verflechtung der strukturellen Grundlagen unserer Wirtschaftsführung sich ergebenden Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert daher, daß die Reichsregierung von der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen und ohnehin ungenügend weitgehenden Vollmacht ungehemmt in weitestem Umfang Gebrauch macht und sofort, soweit die Verordnung solches irgendwie zuläßt, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabsetzt.“

Seit dem Erlaß der von dem Vorstand des ADGB erwähnten Notverordnung sind fast 8 Monate ins Land gegangen, ohne daß zur Lösung der Frage der Arbeitszeiterkürzung von der Regierung etwas Ernsthaftes unternommen wurde. Nach dem Scheitern des Versuches, im Weg freiwilliger Vereinbarungen mit den Arbeitgebern einen Schritt weiter zu kommen, hat der Reichsarbeitsminister wiederholt nachdrücklich, daß nimmermehr Ernst gemacht werde, für einzelne Betriebe die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit durchzuführen.

Da aber die Arbeitgeber von neuem Schwierigkeiten wachsen, läßt es bei den Verprechungen. Die Haltung des Ministeriums ist unbegründlich, und die Haltung der Arbeitgeber in einer so brennenden und lebenswichtigen Frage, wie sie die Arbeitszeiterkürzung darstellt, ist eine Schande.

Die Zahl der Arbeitslosen übersteigt die 6-Millionen-Grenze. Die Arbeitszeiterkürzung schiebt man aber auf die lange Bank.

Hinein in die „Eiserne Front“!

Großspurig verkündeten die Führer der Nazis am Anfang des Jahres 1931, daß ihr endgültiger Sieg spätestens zum Ende des Jahres sicher sei. Es ist aus diesem Siege nichts geworden, und die wundergläubigen Anhänger der deutschen Faschisten sind bereits schwer enttäuscht. Die Enttäuschung wird noch viel größer werden, wenn auch im Jahre 1932 weder Drohungen noch Legallitätsbeweiserungen die Nazis an die Macht bringen können.

Es ist das Verdienst des überwiegend freigeistlich und sozialistisch gerichteten Teils des deutschen Volkes, wenn

bis jetzt der Bürgerkrieg und damit der völlige Zusammenbruch verhütet worden sind. Republikaner und Sozialisten haben seit dem 14. September 1930 im schwersten Ringen, oft mit ihrem Leibern,

dem Faschismus den Weg versperrt

Viele brave Kämpfer gaben sogar ihr Leben hin. Diese schweren Kämpfe, all die Opfer der Vergangenheit, dürfen nicht umsonst gewesen sein. Die Nazis sollen nach unserem festen Willen auch zukünftig nicht an die Macht kommen.

Darum wollen wir jetzt die Front noch mehr verstärken, alle Kräfte zusammenreihen. In jedem Ort muß der letzte Mann eingereicht werden. Denn wir nähern uns der Entscheidungssunde im Kampf zwischen der Harzburger Faschistenfront und der Front derjenigen, die für Freiheit und Recht streiten.

Die „Eiserne Front“ ist da

Sie umfaßt Arbeiter, Angestellte und Beamte. In ihr stehen bereits Kleinbauern und große Teile des Mittelstandes, das Jungvolk der Arbeiterportier und der republikanisch-sozialistischen Jugend Deutschlands. Die Front fest entschlossener Kämpfer muß bis auf das kleinste Dorf ausgedehnt werden. Die Führer

der Partei der vornehmen Grafen und Barone und der sozialen Reaktion haben bereits größte Sorge. Mit Entsetzen sehen sie, wie der Widerstand gegen ihre drohende Gewaltherrschaft täglich wächst. Nun betreten sie bei den Regierungsstellen am Hüfe.

Wir lassen keinen Zweifel; der Gewalt werden wir Gewalt entgegensehen.

Die deutschen Republikaner, die deutschen Arbeiter der Hand und des Kopfes denken nicht daran, sich von den SA- und SS-Leuten des Herrn Hitler terrorisieren oder gar abschlagen zu lassen. Die Heiden vom dritten Reich werden ihr blaues Wunder erleben, wenn es hart auf hart geht.

In Mitteldeutschland sind in den Spähen alle Vorbereitungen zur Bildung der „Eisernen Front“ getroffen. An unseren Anhängern liegt es, daß sie sich restlos zur Verfügung stellen. Wir fordern sie auf, sich einzureihen in die große Abwehrfront. Es darf weder Unklarheit noch Unschlüssigkeit geben. Trotz Not und Elend sind wir zum Kampfe fest entschlossen,

auch zum äußersten. Die Freiheit wird von uns verteidigt werden, auch unter Einsetzung des Lebens.

Jeder werbe für seine Organisation. Die Reihen müssen aufgefüllt werden. Unsere Schicksalsgemeinschaft soll Kampfgemeinschaft sein. Es darf keinen geben, der absetzt steht.

Ein Hundstott, wer nicht bereit ist, für die Freiheit zu kämpfen.

Vorwärts, Kameraden, Genossen! Von unserer Haltung hängt das Schicksal der deutschen Republik, des deutschen Volkes ab. Weiber Republik noch das deutsche Volk sollen untergehen. Dafür werden wir sorgen. Wir, die wir die Freiheit lieben und verteidigen werden.

Sie mögen kommen!

Sozialdemokratische Partei.

Bezirksverband Magdeburg-Anhalt.

Ferl.
Bezirksverband Groß-Thüringen.
Dietrich.

Provinzartell für Arbeiterport und Körperpflege, Provinz Sachsen.

Zentralkommission für Arbeiterport und Körperpflege, Landesverband Thüringen.

Böhler.
Landesarbeiterportartell Anhalt.

Gehre.
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Gau Magdeburg-Anhalt.

Wille.

Gau Halle-Merseburg.

Dreißler.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Bezirksartell Mitteldeutschland.

Kebner.

Bezirksverband Halle-Merseburg.

Peters.

Bezirksauschuß des ADGB, Mitteldeutschland.

Hartmann.

Gau Groß-Thüringen.

Seele.

Was wird die neue französische Regierung tun? Rund um Lavals Politik

Frankreich ohne Briand

Da sich Briand schließlich doch noch dazu bereitwillig lassen wird, als ständiger Völkerbunddelegierter Frankreich in mehr oder minder loser Fühlung mit der Regierung und mit der Außenpolitik seines Landes weiter zu lieben oder ob er auch dieses letzte Angebot Lavals entgegennimmt, ist ziemlich fraglich. Denn seit seiner Niederlage bei der Wahlversammlung in Versailles am 13. Mai vorigen Jahres war Briands Stern verblasst, sein Prestige im Innern des Landes war erschüttert und auch sein Ansehen bei der übrigen Welt hatte unter diesem unglücklichen Misserfolg schwer gelitten. Auch physisch hatte diese Enttäuschung den fast 70jährigen Staatsmann schwer mitgenommen. Im eigenen Interesse wäre er besser getan, bei seinem ursprünglichen Entschluß zu bleiben und unmittelbar nach der Präsidentenwahl zurückzutreten.

Die acht Monate, in denen er das französische Außenministerium formell weitergeleitet hat, waren überdies an kritischen Ereignissen, denn er intellektuell und körperlich nicht mehr ge-
nug war.

Wahrscheinlich wird er nach einer längeren Erholungsperiode, die er dringend benötigt, einiges von seiner früheren Frische und Beweglichkeit wiedererlangen und damit abermals eine Rolle in der Politik Frankreichs und der Welt spielen. Einwilen ist es jedoch durchaus möglich, daß der Ministerpräsident Laval das Außenministerium offiziell übernimmt, da er — und nicht mehr Briand — tatsächlich seit dem vergangenen Sommer die entscheidenden außenpolitischen Verhandlungen mit den fremden Staatsmännern führte.

Dennoch wird das Verschwinden Briands allgemein instintiv als eine gewisse Wende Frankreichs von den Bahnen jener Verhandlungspolitik mit Deutschland aufgefaßt werden, die der „Mann von Locarno“ nun einmal verkörperte. Diese Auffassung ist schon deshalb unermesslich, weil außer dem verstorbenen Kriegsminister Maginot der Außenminister der einzige Mann ist, der bei der Umbildung des französischen Kabinetts erlegt wurde und weil die Gerüchte um seine Ausbeutung sogar unmittelbar vor dem plötzlichen Tode des Kriegsministers unüber-
troffen im Umlauf waren.

Vor allem fällt der mehr oder weniger freiwillige Rücktritt Briands mit einer Welle der nationalen Erregung zusammen, die die jüngsten Erklärungen des deutschen Reichstages über die künftige Zahlungsmöglichkeit Deutschlands ausgelöst haben.

Diese Erregung ist zwar nicht künstlich, sondern in weiten Kreisen des französischen Volkes und in parlamentarischen Vertretungen spontan ausgebrochen, aber sie hätte durch eine mutige Regierung gedämpft werden können. Denn Dr. Brüning hatte den französischen Botschafter Francois-Poncet über die These, die

Deutschland auf der Konferenz von Lausanne, gestützt auf den Befehl Reichs, vertreten würde, bereits vor dem englischen Botschafter Rumbold unterrichtet. Die Bekanntgabe dieser Tatsache durch die amtlichen französischen Stellen hätte genügt, um der ungetreuen Verstärkung vorzubeugen, die sich in der vergangenen Woche Frankreich bemächtigt hat. Aber man wollte anscheinend in Paris diesen Ausbruch nationalistischer Leidenschaft gar nicht verhindern, weil er in innerpolitischen Absichten der maßgebenden Kreise, insbesondere der geplanten Entfernung Briands, sehr gelegen kam.

Laval, dessen Mehrheit in den letzten Wochen immer mehr zusammengegrumpft und der mit der Möglichkeit seines Sturzes noch vor den Neuwahlen im Frühjahr rechnen mußte, hätte nur zu gern die sogenannte „Konzentration“ zustandegebracht, d. h. eine Regierung der Mittelparteien unter Einbeziehung der Radikalen.

Aber nach ihren letzten Kongreßbeschlüssen haben die Radikalen entschieden, jedes derartige Angebot Lavals während der Absolution des jetzigen Parlaments abzulehnen.

Der Ministerpräsident konnte eine Einsinnigung der Partei Herriot und Daladier nur noch dann erhoffen, wenn irgendein außergewöhnliches Ereignis eintreten würde, welches eine innerpolitische Situation des am 13. März festgestellten hätte. An den Erklärungen Brüning, die zunächst nur der englischen Reuter-Agentur in ungezügelter Form verbreitet wurden, und die man als die Antiführung einer bemuteten Zerrbildung des Hungers-Blaus hinzustellen beliebt, glaubte man den gemühten Anlaß gefunden zu haben, um die Konzentrationsregierung zustandebringen. Vermutlich spezialisierte der Ministerpräsident dabei auch auf den persönlichen Ehrgeiz des radikalen Führers Herriot, der sich schon seit geraumer Zeit als Kandidat für die Nachfolge Briands durch nationale Töne selbst empfohlen hatte.

Aus dieser innerpolitischen Spekulation ist indessen nichts geworden, die Radikalen sind nicht auf dem Sein geblieben, die französische öffentliche Meinung hat sich inzwischen verhältnismäßig beruhigt und so mußte sich Laval mit einer bloßen Ergänzung seines Kabinetts begnügen.

Sein nachträglicher Versuch, Briand zum Verbleiben im Amt zu bewegen, ist gescheitert, vermutlich weil Briand selbst erkannt hat, daß er zulezt nur noch als innerpolitische Figur auf dem parlamentarischen Schauplatz des Ministerpräsidenten gebraucht wurde. Das einzige hervorzuhebende Merkmal in dieser Reorganisation des Kabinetts Laval ist die Ernennung des bisherigen Landwirtschafministers Terbieux zum Kriegsminister und damit zum französischen Delegationsführer auf der Weltabrüstungskonferenz. Terbieux gilt als „starker Mann“ und man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß sein Auftreten in Genf die Erfolgsaussichten der Abrüstungskonferenz nicht gerade erschweren werden.

Konflikte, die gelöst werden müssen

Die Debatte um das Ende der deutschen Reparationszahlungen

Paris, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Den gemäßigten offiziellen Standpunkt der französischen sozialistischen Partei zu den Erklärungen Brüning in der Reparationsfrage legt der Vorgesandene von Rumbold in der am Samstag abgehaltenen Nummer der „Wochenzeitung „Comune““ aus.

Grumbach stellt zunächst fest, daß die Mitteilungen der englischen Reuter-Agentur über die Unterredung Brüning-Rumbold, die nach seinen Ermittlungen auf eine Instruktion zurückzuführen seien und den Reichstagsler selbst in Erfahrung gesetzt haben, in allen Kreisen Frankreichs eine ungeheure Verwunderung, ja sogar Bestürzung hervorgerufen haben, und daß entgegen den Mitteilungen der deutschen Presse „in Frankreich abgelaute Einstimmigkeit darüber bestanden habe, die dem Reichstagsler zugerechnete Haltung als unzulässig zu bezeichnen“. Dann geht Grumbach auf das Interview ein, das Brüning nach der Veröffentlichung der Reuter-Nachricht hat verbreiten lassen und erklärt dazu, daß die darin von Brüning gebrauchten Worte sich erheblich von der Formulierung der Reuter-Nachricht unterscheiden. Die These des Reichstagslers ist: „Ich kann nicht mehr zahlen“ und nicht „Ich will nicht mehr zahlen“.

Man könne, so fährt Grumbach fort, über die Zweckmäßigkeit selbst dieser Formel streiten. Auf jeden Fall habe sie nicht den besten Eindruck gemacht, wie das Telegramm des Reuters-Büros. Dieser Zwischenfall könne vielleicht eine heilsame Wirkung haben, denn er werde einen großen Teil des deutschen Volkes, das der Republik, der Demokratie und dem Frieden treu bleibt, gereizt haben, wie sehr es unrecht haben würde, in der Reparations- und Abrüstungsfrage gewisse übertriebene Formeln des Hitler- und Jugenberg-Nationalismus zu übernehmen. Wie ernst aber auch die Lage und der Rückhalt sein möge, den die Idee der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und besonders zwischen Frankreich und Deutschland durch die Erklärungen Brüning erlitten habe, so sei doch noch nichts Unheilbares verloren. Es mehr die von beiden Parteien verteidigten Thesen sich zu widersprechen scheinen, desto mehr seien die verantwortlichen Führer verpflichtet, zu versichern, daß diese Widersprüche sich in unlösbarer Konflikte umwandeln. Wenn man nicht mit nationaler Blindheit gefolgt sei, sondern kaltes Blut bewahre und den eigenen Willen habe, über alle Schwierigkeiten hinweg zu einer Verständigung zu kommen, dann gebe es Lösungen für alles.

Schub ihre Waffen wieder wegdrängen konnte. In einer Vertrauensmännerverammlung für Dittaring gab Julius Deutsch die Parole aus, daß alle beschlagnahmten Abwehrmittel erstellt und zehntausend neue Schußwaffen allein in Wien geboren werden müssen. Albert Seber, der Führer der Arbeiter Dittaring, erklärte, ungeachtet seiner 62 Jahre dem Schußbunde beizutreten, und ihm folgten hunderte. Gleich am ersten Tage nach dem Waffenraub haben Wiener Genossen dem Wefonds des Schußbundes fast 9000 Schilling zugeführt.

Fahrlässigkeit bei Sarrafani?

Die Untersuchung des Brandes

Brüssel, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die amtliche Untersuchung über die Ursache der Feuerkatastrophe im Circus Sarrafani in Antwerpen hat bisher ergeben, daß der Brand wahrscheinlich auf die Unvorsichtigkeit des Hilfs-personals zurückzuführen ist, das nach festgelegter Vorschrift die Plätze der Nacht-Spektakel geräumt hat. Ein Angehöriger soll ein brennendes Zigarettenende weggeworfen und den Brand verursacht haben. Die Annahme, daß das Feuer durch Brandstiftung entstanden ist, wird von keiner Seite mehr ernst genommen, auch nicht von der Justizverwaltung.

Von den Elementen des Circus ist bisher keiner verendet. Zwei befinden sich jedoch noch in bedenklichem Zustande, zwei sind erblindet. Die übrigen verwundeten Elementen befinden sich auf dem Wege der Genesung.

Heimwehrlente planen Ministermord?

Eine Verhaftung in Graz

Graz, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die Grazer Polizei hat drei arbeitslose Heimwehrlente verhaftet, die einen Mordanschlag gegen den Innenminister Winter geplant haben sollen. Einer der Verhafteten hatte in der Nacht zum Montag im Vereinhaus der Hitler-Partei einen Revolver verlangt, um Winter, der sich gerade in Graz befand, niederzuschlagen. Die in dem Heim anwesenden Nationalsozialisten redeten ihm seine Absicht zwar nicht aus, erhalteten aber später Anzeige bei der Polizei. Der Beschuldigte behauptet, er sei angeheiratet gewesen und habe keine Angaben nicht erst gemacht. Er habe nur gewillt, wenn die Nationalsozialisten Waffen im Besitz hätten. Dem widersprechen die Angaben der anderen Verhafteten, die auslegten, daß ein weltlicher Plan zur Ermordung Winters bestanden habe.

Bombe gegen „Haus der Italiener“

Das Attentat in Paris

Paris, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der antijahische Bombenanschlag auf das „Haus der Italiener“ in Vaugonne hat mehrere Verletzte gebracht. Ingeplant wurden vier Personen durch die Einwirkung der Gasblase verletzt, der Geschichtsführer des Museums und eine Sekretärin sowie die Geschwister eines über dem Ausgange gelegenen Konzerts und deren Tochter. Von den beiden verletzten Italienern hat einer inwärtigen zugegeben, der Urheber des Anfalls gewesen zu sein. Der zweite erklärte, er kenne zwar seinen Landsmann, sei aber an dem Anschlag nicht beteiligt gewesen.

Grüß den Warschauer Beurteilten!

Kundgebungen der Bruderparteien

Der sozialdemokratische Parteivorstand sandte an den im Best-Prozess verurteilten Genossen Dr. Liebermann in Warschau folgendes Telegramm:

„In brüderlicher Solidarität senden wir Ihnen und den anderen Genossen, die im Best-Schlichter Prozess allen verdammenden Urteilen zum Trotz mutig für den unbeeinträchtigten Sozialismus bereites Zeugnis ablegten, herzliche Grüße!“

Der Parteivorstand: Otto Weis.

Moskau, 15. Januar.

Am Dr. Hermann Liebermann ist folgendes Telegramm abgegangen:

„In alter Kampfgenossenschaft Ihnen und allen Vorkämpfern und Märtyrern der europäischen Demokratie in Polen brüderliche Grüße. Es lebe das freie Polen der Zukunft!“

Für die österreichische Sozialdemokratie: Selb, Bauer.

Paris, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat eine Protestkundgebung gegen die Beurteilung der politischen Oppositionsführer beschlossen, in der es unter anderem heißt: „Die sozialistische Fraktion brandmarkt die ständehafte Justizapparate, die sich vor dem Warschauer Gericht abspiegelt hat und die

eine Herausforderung der Wahrheit und der Freiheit bedeutet. Sie stellt fest, daß die Debatten dieses großen politischen Prozesses, der einen tiefen Eindruck im Herzen aller Demokraten finden wird, vor allem die Verantwortlichkeit von Politik-Diktaturregime ins Licht gerückt hat. Sie übermitteln den Beurteilten, die neue Märtyrer des Rechts sind und die sogar vom Gerichtshof wegen der Größe der ihrem Lande geleisteten Dienste gelobt worden sind, den Ausdruck ihrer brüderlichen und herzlichen Sympathien.“

Hamburger Nazi-Lokal geschlossen

Hamburg, 15. Januar. (Eigenbericht.)

In Altona wurde ein Nazi-Lokal durch die Polizeibehörde auf zunächst acht Tage geschlossen. Das Lokal war in letzter Zeit wiederholt der Ausgangspunkt von Ueberfällen auf politische Gegner.

Dreußenlandtag beginnt

Aufnahme der Arbeiten am Dienstag

Der Preussische Landtag tritt am Dienstag wieder zusammen. Er wird sich am Freitag wieder verlagern.

Am Dienstag sollen Auswahlanträge diskutiert und verabschiedet werden. In der Mittwoch-Sitzung werden voraussichtlich die Polizeiverordnungen über das Verbot nächster Geiselnahme und die Verordnungen über das Verbot der Sonntags- und Feiertagsarbeit, über den äußeren Schutzbau der Sonne und Feiertagsarbeit, über die Errichtung von vorläufigen Kleinfriedhöfen, über die Vermeidung und Aufhebung von Rängeninnen und über den Bau und die Einrichtung von Bären- und Geschäftshäusern besprochen oder den Ausschüssen zur Beratung übergeben werden. Weiter soll am Mittwoch zur Sprache gestellt werden der Bericht des Verfassungsausschusses über das Fliegen der öffentlichen Gebäude am Volkstrauertag, über das Durchgreifen der Polizei gegen unzüchtige Darstellungen, über Anträge zum Vertrag mit der evangelischen Kirche, zum Film „Im Westen nichts Neues“, zum Lohnabbau, zur Reichsneugliederung usw. Diese Debatte soll erst am Donnerstag fortgesetzt werden, an dem außerdem beraten werden sollen die Anträge und Anfragen, die zur zweiten preussischen Sparverordnung vorgelegt worden sind. Da gleichzeitige Verhandlungen zum Anträge der Fraktionen zur zweiten Reichsneugliederung, insbesondere über den Schutzbau des inneren Friedens usw. vorliegen, ist auf Grund der Reichs- und der preussischen Verordnungen mit einer abermächtig großen politischen Aussprache zu rechnen.

Erregung in Wien

Die Wegholung von Waffen zur Verteidigung der Republik aus dem Arbeiterheim Ottakring hat die Arbeiter Wiens um so tiefer erregt, als kürzlich in einem Ausbrecher-Belegungsprozess festgestellt wurde, daß zur Zeit der Regierung Seipel die Heimwehrführer Steidle und Rabil von Italien zwei Millionen Lire zum Waffenraub erhalten haben und daß nach dem Septemberputsch 1931 die österreichische Heimwehr unter sozialdemokratischer Führung

Steigende Mehlpreise!

Was wird mit der notwendigen Senkung des Brotpreises?

Die Organisationen des Bäckergewerbes verweisen die Regierung auf die Gefahr der steigenden Mehlpreise und die Verletzung der deutschen Produktentörden, die sicherlich mehr als bedenklich ist. Das Angebot, besonders das Angebot an Roggen, verknappt sich immer mehr und die Preise steigen. Wir geben dazu folgende Uebersicht:

Anfang Januar Mitte Januar
(Berliner Produktentörden)

Weizen pro Tonne	216—218 M.	222—224 M.
Roggen pro Tonne	185—187 „	196—198 „
Weizenmehl pro 100 Kilogr.	26,50—27,00 „	27,50—31,25 „
Roggenmehl pro 100 Kilogr.	25,50—27,00 „	27,00—29,25 „

Es fällt vor allem die starke Steigerung für Roggen und Roggenmehl auf. Der Roggenpreis hatte bereits Anfang dieser Woche die Grenze von 200 M. überschritten. Wenn er wieder zurückfallen ist, dann liegt dies wirklich nicht daran, daß sich die Lage erdichtet oder verbessert hat. Es handelt sich um eine Zirkulation. Das Angebot an Roggen ist dauernd äußerst knapp. Die Brotentörden unterliegen das tagtäglich. Hier zeigen sich die

Folgen der schlechten Roggenenernte und auch die Folgen der schlechten Futtermittelpolitik. Durch sein Monopol, durch verschiedene Subventionen auf die unerschöpflichen Vorräte hat der Reichsernährungsminister die Futtermittelpreise künstlich hoch gehalten. Der Landwirt, besonders der kleine Landwirt, kann die hohen Futtermittelpreise nicht anlegen. Er verliert also seinen Roggen. Der Roggen wandert nicht in den Backhof, sondern in den Viehhof. So ist es zur Desorganisation unserer Getreidemärkte gekommen. Die Folgen würden sich noch mehr zeigen, wenn der Reichsernährungsminister durch die ihm nachstehenden Institute nicht schon seit längerer Zeit unzulässigen Roggen auf den Markt werfen würde, der zu einem verfallenen Zoll eingekauft wird. Wie die Preisbewegung aber beweist, reicht die Hilfe nicht aus. Wenn das so weiter geht, wird der Roggenpreis bald weit über 200 M. steigen und wir werden in Zukunft die schlimmste Brotpreiskrise erleben.

Für den Reichsernährungsminister ergibt sich die Pflicht, so bald wie möglich dem Getreidemarkt Material aus dem Auslande zuzuführen.



Wie haben noch viel zu verlieren!

Zwei Stunden in der Spruchsausschuss-Sitzung des hallischen Arbeitsamtes

Wenn man in Versammlungen radikalen Rednern zuhört, dann entsetzt man immer wieder, daß es heute tatsächlich Menschen gibt, die behaupten, daß sie absolut nichts mehr zu verlieren hätten. Dies Redner finden immer wieder ein dankbares Publikum, das nicht nur ihre Ausführungen belächelt, sondern auch wörtlich glaubt. Wenn man aber einmal morgens um 9 Uhr in die Sitzung des Spruchsausschusses des hallischen Arbeitsamtes am Steinort geht und einmal still zuhört, was hier alles verhandelt wird, dann kommt man doch unwillkürlich zu der Ueberzeugung, daß selbst Arbeitslose noch viel zu verlieren haben.

Wenn wirklich nichts mehr zu verlieren wäre, wie immer häufig behauptet wird, warum führen dann die vielen Arbeitslosen einen so hartnäckigen Kampf um erhöhte Unterstützung, um Zulassung zur Krisenunterstützung, um Aufhebung der Sperrstrafen und um Gewährung der Frauenzulage? Es ist oft ein sehr harter Kampf, der vor dem Spruchsausschuss ausgetragen wird. Oft liegen die Rechtsverhältnisse sehr eindeutig und klar, oft empfinden wir dieses Mittel mit einzelnen Rechtlichenden, und oft fühlen und wissen wir auch, daß der Spruch ungerichtet ist. Wohl geleglich richtig, aber ungerichtet gegenüber der sozialen Lebensführung der Arbeitslosen. Zwei Stunden Zufahren zeigen nur zu deutlich:

Sie haben alle noch etwas zu verlieren, die Arbeitslosen, denn sonst würden sie nicht herbeizukommen und ihr Recht fordern.

Da steht gleich zuerst eine kleine Verkäuferin vor dem Spruchsausschuss, der von dem zweiten Vorsitzenden des Arbeitsamtes, Vogel, geleitet wird und dem weiter je ein Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite angehört, und läßt durch den Vertreter ihrer Gewerkschaft ihren Einspruch gegen eine an niedrige Einkünfte begründeten Diebstahl-Verurteilung gegen einen privaten Eplig. Das Mädchen war beim A.R.A. als Verkäuferin angestellt und erhielt zunächst Tariflohn. Dann wurde ihr plötzlich ohne Tarifbindung das Gehalt willkürlich ganz erheblich herabgesetzt. Da der A.R.A. die Sozialversicherungsbeiträge nach diesem unantastlichen, gekürzten Gehalt berechnet, abführte, wurde das Mädchen, als es arbeitslos wurde, natürlich in eine viel niedriger Gruppe eingestuft und erhielt demnach viel weniger Arbeitslosenunterstützung, als ihr nach dem Tarifgehalt eigentlich zuzukam. Da sie nun beim Arbeitsgericht die Nachzahlung des Lohnrückstandes sowie der Zinsen dafür erfolgreich eingeklagt hatte, glaubte sie auch die Einfrierung in die Gruppe der Arbeitslosenversicherung verlangen zu können, die dem Tariflohn entspricht. Der Einspruch wurde abgelehnt, da das Gesetz eindeutig bestimmt, daß kein höheres Arbeitsentgelt für die Einfrierung zugrunde gelegt werden kann, als das, nach dem die Beiträge entrichtet sind. Eine höhere Einfrierung kann nur erlangt werden, wenn der Beitragsunterchied nachgezahlt wird.

Im zweiten Falle standen drei Angestellte der Firma Liech (Kamman), die Ende vorigen Jahres den Konturs annehmen mußte, vor dem Spruchsausschuss, um durch ihren Gewerkschaftsvertreter ebenfalls um eine höhere Einkünfte nachzukommen. Die Firma hatte Tariflöhne gezahlt und die entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge stets regelmäßig abgeführt. Als es ihr aber immer schlechter ging, konnte sie weder Löhne noch Beiträge zahlen und so kam es zum Konkurs. Die Forderungen der Angestellten sowie des Arbeitsamtes wurden jedoch beim Konkurs befriedigt. Da nun aber die Beiträge faktisch nicht vollständig abgeführt waren, wurden die drei Angestellten entsprechend einer Senatsentscheidung vom 20. April 1931 in die niedrigste Unterstützungsstufe eingruppiert. Dagegen erhoben sie nun Einspruch, den sie mit dem Hinweis begründeten, daß diese niedrigste Einkünfteklasse für eine Zeit gleichsam als an der sie gar nicht schuld seien.

Zu einer Aufhebung der Beiträge könnten sie die Firma nicht zwingen und eine Rückentrichtung aus eigener Tasche leisten können nicht möglich gewesen, weil sie auch ihren rückständigen Lohn nicht bekommen hätten und daher völlig mittellos waren. Der Spruchsausschuss erkannte den Anspruch als zu recht an. Er setzte sich in seiner Begründung über das Senatsurteil hinweg, das den heutigen schweren Verhältnissen nicht mehr entspreche und tatsächlich einer Befreiung der Arbeitnehmer für Unterlassungshinhalten der Arbeitgeber gleichfame. Vor allem seien die Forderungen des Arbeitsamtes je im Konkurs befriedigt. Die Einfrierung erfolgt nunmehr entsprechend dem Arbeitsentgelt. Unabsehlich über den von ihrer Gewerkschaft erzielten Erfolg zogen die drei noch kommen.

Auch der dritte Fall ging glücklich aus. Da erbob eine ehemalige Kontoristin von Brunner u. Benjamin gegen den Erlass der Sperrstrafe Einspruch. Sie hatte ihre Stellung freiwillig mit der Begründung verlassen, daß sie den ewigen Anfeindungen des früheren Verhältnisses als Doppelverdienerin nicht hätte standhalten können. Sie war nämlich schon drei Jahre verheiratet, hatte sogar schon ein Kind, und ihr Mann hatte ein Einkommen. Bald nachdem sie die Stellung aufgegeben hatte, wurde aber auch ihr Mann mittellos, und da er keine Arbeitslosenunterstützung bezog, war die Familie in größter Not. Der Spruchsausschuss erkannte den Rückzahlunganspruch als wichtig an, hob die Sperrstrafe auf und bewilligte die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung mit der entsprechenden Einkünfte und bis zur gesetzlichen Höchstdauer. Fremdenratten kamen der armen Frau.

Sie in der Spruchsausschuss des Arbeitsamtes wird um **zwei Stunden** gekämpft, um ein paar Mark, die der Frau,

die dem Mann aber ein Vermögen bedeuten. Draußen aber außerhalb der Spruchsausschuss quatschen viele trotzdem immer wieder: „Wir haben nichts mehr zu verlieren!“ Die Arbeitslosen, die vor der Spruchsausschuss des Arbeitsamtes stehen, wissen es besser; sie wissen, daß der Arbeiter immer noch etwas zu verlieren hat. Und sie wissen auch, daß man diejenigen, die ihre ganze Arbeitskraft dafür einsetzen, daß der Arbeitslohn überhaupt noch dieses Recht besitzt, nicht beschimpfen kann.

Der Kampf um Pfennige vor dem Spruchsausschuss des Arbeitsamtes zeigt, daß der Arbeiter noch viel zu verlieren hat.

„Nicht geht die ganze 33 in die Luft!“

Ein trauriges Bild vor dem Gerichtswesen. Man sieht es auf den ersten Blick: Der Mensch, der da vor dem Schranken des Schwurgerichts steht, ist ein Stechhörnchen der Natur und des Lebens. Nervosität zittert ständig über sein Gesicht. Unruhe fahrt er an seinen Lippen. In fast primitiv ammenhafter Stumpfheit verfolgt er die Verhandlung und hat zu allem, was man ihm sagt, nur die eine Antwort: „Ich kann mich nicht mehr helfen!“ Ein durch eine heulende Jugend, Krieg und Arbeitslosigkeit zerstörtes Menschenleben steht da vor den Richtern — ein Proletarier, geistig zweifeln nicht ganz vollwertig, blutarm, unterernährt — ein halbes Brod...

Man konnte sich schwer vorstellen, daß dieser Mensch — der 33jährige Gustav Friedrich Franz W. aus Halle — wegen verurteilten Totschlages und Brandstiftung angeklagt war. W. ist

verheiratet. Seine Ehe war, wie es in diesen Kreisen ist, als durchaus glücklich zu bezeichnen. Viele frohliche und lustige Feiern der letzten Jahre hatten W. jedoch völlig gerührt. Er, der vor den Seuten immer ein freundlicher Mann war, entfiel seine Zustimmung oft — psychologisch verständlich: Die kleinsten Dinge konnten ihn in der letzten Zeit, da er unartig zu Hause lag, in Erregung versetzen. Er hatte sich wieder einmal mit seiner Frau geeinigt. Auch verabschiedete andere an sich belanglose Dinge hatten ihn aufgeregt. So wie er sich, durch die Feindschaft seiner Frau dauernd angegriffen, in einem extremen Wutanfall hinriß. Als er am Donnerstag den 12. Oktober aus seinem Garten zurückkam und einige Möbel seiner Frau vernichte, kam die lange aufgeregte Wut zur Entladung. Er verschlang den Kammerdiener, ließ die Möbel um, der die Frau an die Wand schmeißt, rannte — als seine Frau ihm behelfen ließ, die ganze zu ihrer Schwester — in die Wohnung des Hausgenossen, in der sich die Frau aufhielt, und schrie sich mit den Worten: „Wo ist das Geld?“ mit einem Messer, das er zufällig bei sich hatte, auf die stehende Frau. Glücklicherweise sprangen Hausgenossen zu und hielten ihm die Hände fest. W. rannte nun in seine Wohnung, rief aus dem Fenster:

„Nicht geht die ganze 33 in die Luft!“

gründete den Möbelschrank an und kratzte sich eine schwere Schnittwunde am rechten Arm ab. Man fand ihn gleich darauf bewußtlos im Zimmer. Nach dem Urteil des Sachverständigen handelte es sich hier zweifellos um ein Affektverbrechen, in das sich der leicht erregbare Mann hineingekniet hatte. Obwohl W. betonte, daß er sich an die Tat selbst nicht erinnern könne, hielt der Sachverständige den 33 für nicht für anwendbar. Der Staatsanwalt wollte den Angeklagten den verurteilten Totschlages und verurteilter Brandstiftung unter Anrechnung der Unterzeichnungshaft mit zwei Jahren Gefängnis befristet wissen. Das Gericht hielt verurteilten Totschlag als nicht erwiesen, höchstens verurteilte Körperverletzung — die jedoch straflos ist. Deshalb wurde W. in diesem Falle freigesprochen. Wegen verurteilter Brandstiftung, die das Gericht als erwiesen erachtete, erhielt er 6 Monate Gefängnis.

Sie wollen leben

Protestversammlung der hallischen Eisenbahner gegen Lohn- und Gehaltsfällungen

Western abend veranstaltete die Ortsgruppe Halle des Eisenbahnerverbandes der Eisenbahner Deutschlands unter dem Motto „Wir wollen leben“ im großen „Volkspart“-Saale eine außerordentlich gutbesuchte Protestkundgebung gegen die aufgegebenen, aber nicht unterzählten Gehalts- und Lohnfällungen bei der Reichsbahn. Wie zu erwarten war, hatte

die A.R.O. die Parole ausgegeben, die Versammlung zu führen.

Und so machte sich denn ein Räderbügel A.R.O.-Beute gleich von Anfang an mit Gehaltsforderungsanträgen und Zwischenrufen bemerkbar. Die Versammlungsleitung befiel dabei bewundernswürdige Ruhe. Als jedoch im Verlaufe des Hauptreferats die Zwischenrufe eines besonders lauten Schreiers — eines Herrn Kroll der seinem Namen alle Ehre tat — nicht aufhören wollten er an die Luft gesetzt. Zehn Minuten folgten ihm freiwillig.

Das Hauptreferat hatte der zweite Vorsitzende des Verbandes, Hermann, übernommen. Er gab in zweiwöchigen Ausführungen ein anschauliches Bild von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und ihren mannigfachen Ursachen. Interessant war, was er in bezug auf die Eisenbahn ausführte. Die Deutschen sind nach dem Krieg über die Hälfte der Volkswirtschaftsarbeit abgebaut. Die heute noch existierenden Fabriken sind bei voller Ausnutzung ihrer Kapazität imstande, jährlich 3000 Lokomotiven zu bauen. Davon kann die Reichsbahn nach ihrer jetzigen Lage jährlich nur 100 Etid abnehmen. Nichts charakterisiert die Größe der gegenwärtigen Krise mehr als diese Feststellung. Nichts kennzeichnet auch mehr die schwerkere Lage der mit den ungenügenden Reparationsleistungen belasteten Reichsbahn. Zu den politischen Lasten kommen noch die ungerechte Konkurrenz und ferner die enormen Einnahmeverbindungen. Die ungerechte Konkurrenz liegt in der staatlichen Bevorratung, in Subventionierung gewisser Verkehrswege, wie der Binnenfließstraßen und der Luftfahrt. Die Einnahmehemmen der Reichsbahn sind seit 1929 um 7,9 Prozent zurückgegangen, während die Ausgaben nur um 13,1 Prozent zurückgegangen. Dazu kommen die gesteigerten Vorzugsabgaben, die gesteigerten Personalkosten und die Beförderungsteuer.

Obwohl sie die Fällungen der Reichsbahn anerkennt, muß die Arbeitsgemeinschaft der Reichsbahn gegen die ihr aufgebungenen Fällungen und Gehälter mit aller Kraft wehren.

Sie muß sich dagegen wehren, daß der höheren Beamten der Reichsbahn höhere Gehälter gezahlt werden, als den entsprechenden anderen Staatsbeamten während den unteren Beamten niedrigeren Gehälter gezahlt werden als den entsprechenden Arbeiterklasse, die oft niedriger sind als in der Privatindustrie. Durch Einsparungen siehe sich hier einiges herauszuholen. Man muß aber auch bedenken, daß eine Zulage von einem Pfennig für den Arbeiter für die Reichsbahn in einem Jahre schon 10 Millionen Mark ausmacht. Aus diesem Grunde hat die Arbeiterbewegung ein besonderes Interesse daran, daß die politischen und mannigfachen anderen Lasten von der Reichsbahn genommen werden. Sie wird alles daran setzen, um die schwerer wirtschaftlicher Zeit zwangweise aufgegebenen Positionen sobald

als möglich zurückzubekommen. Mit einem Anruf zur Einigkeit und Geschlossenheit der Organisation schloß der Redner. Versammlungsleiter Sorgefrei schloß die Kundgebung mit einem Anruf zur Werbung und einer Kampfansage an alle Feinde der Republik und der Arbeiterbewegung. Die Kundgebung wurde von gefanglichen Darbietungen des Vereinigten hallischen Arbeiterkreises wirkungsvoll umrahmt.

Metallarbeiter und Arbeiterordnung

Am gestrigen Freitag wurden in der hallischen Metallindustrie für die Lohnmode vom 3. bis 9. Januar zum ersten Male die Löhne — nach den Bestimmungen der Arbeiterordnung auf den Stand vom Oktober 1928 bzw. März 1927 reduziert — ausbezahlt. Bei der abgemessenen Kürzung und bei den geringsten Neigungen für Steuern und soziale Versicherungen erbeuten sich die ausgezahlten Beträge kaum über die Bedürfnisse in der ersten Wochen nach der Inflation. Das ist die tatsächliche Auswirkung der Arbeiterordnung nach dem Ende der Jahre hin. Die Arbeiter sind diesen Bestimmungen nach dagegen ein Trost auf einen bescheidenen Gewinn.

Am selben Freitag hatten die im Metallarbeiterverband organisierten Metallarbeiter im „Volkspart“ eine Versammlung, um eine Referat des Vorstandsmitglied Franz Metz (Berlin) über „Arbeiterordnung und Gewerkschaften“ entgegenzunehmen. Der hätte unter diesen Umständen andere Themen können als einen freien Besuch und eine erfolgreiche Aktion der Kommunisten gegen die verbotene Gewerkschaftspolitik. Der starke Besuch war zu gerechtfertigt, aber die erfolgreiche Aktion der SPD. beschränkte sich darauf, daß nach dem ausgerechneten Referat und einer Ausprache, an der sich 11 Redner beteiligten, gegen Wintermarkt eine von der SPD. eingetragene Entschickung angenommen wurde, die zwar manches Gute, aber auch vieles Unflätzer enthält. Die Annahme erfolgte gegen eine starke Minderheit und bei schreienden Enthaltungen. Ein realistischere Spiegelbild der Stellung der Arbeiterklasse insgesamt.

Gemeindearbeiter fordern energische Preisentlastung

Mit der schweren Belastung der Arbeiterklasse durch die Lohnfällungsbestimmungen der letzten Arbeiterordnung befaßte sich eine im Gewerkschaftsausschuss abgehaltene Versammlung der Arbeiter des hallischen Eisenbahners. Nach einem Bericht des Gewerkschaftsangehörigen Herrschaft fand eine Entschickung Annahme, die gegen die Lohnentlastung protestiert wird, zumal wieder bei den Arbeiter in der Lage der letzten die angelegte Entlastung eingetreten ist. Dagegen müssen die Arbeiter sich bemühen, die Lohnentlastung zu verhindern, damit ein ausreichender Abbau der Preise und die Aufhebung der Krisensteuer herbeigeführt werden kann. Weitere Ungerechtigkeiten müssen unter allen Umständen verhindert werden.

Nur 10 Prozent bei den Heizungsmonumenten

Der Schlichter für Mitteldeutschland hat auf Grund der 4. Arbeiterordnung bindend entschieden, daß vom 1. Januar ab die ab 14. Dezember 1931 gültig gewordenen Löhne der Heizungsmonumente in Wirtschaftsgüter Sachanlagen um 10 Prozent gekürzt werden. Danach erhalten die Heizungsmonumente einen Stundenlohn von 1,17 Mark. Diese Lohnsenkung kann zum 30. April 1932 gefündigt werden.

Urtel. Das Urteil des Schöffengerichts vom 2. Oktober 1931 gegen den Arbeiter Kurt Wieg und den Metzger Willi Gasse aus Delitzsch wegen des Raubüberfalls vom 11. November 1929 in Delitzsch auf den Vertreter Schulz der Döllnitzer Kolonialwaren ist rechtskräftig geworden. Wieg war zu drei Jahren Gefängnis und zu dreijährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Gasse zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Wegen des Urteils hatte nur Wieg Berufung eingelegt. Diese ist von dem Strafamt des Landgerichts rechtskräftig verworfen worden.

Wien. Infolgende Die Firma Friedrich Kramann, Fabrik für Rahmbrot, hat das gerichtliche Vergleichsverfahren beantragt. Die Prozentverbindlichkeiten belaufen sich auf etwa 255 000 RM.

Könnern. 7 Prozent Vorkriegsdividende. Der Aufsichtsrat der Aktienfabrik Könnern schlägt für die Vorzugsaktion wieder 7 Prozent Dividende vor. Die Stammatien, die im Vorjahre 10 Prozent Dividende erhielten, bleiben dinstandlos, da die Verwaltung mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage außerordentliche Verfügungen auf die Augenbände für nötig hält.

Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

Entlastetes Manöver

Wird so die Einheitsfront gegen den Faschismus geschaffen?
Am Weichnachten herum waren in unserer Stadt Beitreibungen im Gange durch Julius Mearbeit von Reichsbanner, Gewerkschaftsrat und Arbeiterpartei eine einheitliche Einheitsfront gegen den Faschismus zu veranstalten. Sie scheiterten an der Diktation der KPD, die wie nicht anders zu erwarten, von ihren Zentralen dazu keine Erlaubnis erhielt. Der Vorsitzende des Ortsausschusses, Landtagsabgeordneter Gebhardt von der KPD, wollte aber die Verhandlungen weiterführen. Man wurde die KPD und das Reichsbanner durch eine Einladung zu einer Zusammenkunft überredet, in der über die Frage, die schlugen wir uns gegen die faschistische Gefahr, gesprochen werden sollte. Unerwarteterweise waren der Vorsitzende des Ortsausschusses, das Sportfaktell, KPD, und SAJ. Zur Vorbereitung über diese Zusammenkunft waren Reichsbanner und SAJ nicht geladen worden. Besprechungsweise hatte man die Einladungen auch nur jüngeren Genossen und Kameraden nicht aber den von den Mitgliedern der Partei und des Reichsbanners gewählten leitenden Funktionären gestellt. Die Genossen Lampe und Schwahn waren aber trotzdem erschienen. In dieser Zusammenkunft nun haben Gebhardt und Baumgärtel, beantragt durch die Delegationsvorsteher unserer Genossen, folgendes offen zugegeben:

Der von den Spitzen der organisierten Arbeiterklasse ergangenen Aufforderung zur Bildung der „Einheitsfront“ wollten sie nicht folgen. Sie wollen in Delitzsch einen neuen Saboteur

auflegen. Auf Zusammenarbeit mit den „reformierten“ KPD-Genossen und Reichsbannermitgliedern legen sie keinen Wert. Es sei denn, unsere Genossen verzichten auf ihre Einstellung zu den politischen Dingen.

Diese Leute legen es bemüht darauf an, in die Partei und das Reichsbanner einen Keil zu treiben. Sie hoffen — freilich vergeblich — die jüngeren Mitglieder durch ihren Vortragsstil für sich einzufangen zu können. Die Anwesenheit der Gen. Lampe und Schwahn war ihnen schließlich unangenehm, um so mehr, als beide Genossen sich nicht scheuen, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Unbekannte Zuhörer haben sie durch meine geistreiche Zwischenrufe und den Vorwurf, die beiden Genossen seien Demagogen, zu verwirren. Man kann nach dem Verlauf der Versammlung ohne große Belustigung fest sagen, daß der leitende Richard Gasse teilweise wenigstens noch geänderte Ansichten aufreichte, als die Vertreter der Splittergruppen.

Eilenburg

Dumme Streiche

Am Donnerstagsabend gegen 10 Uhr kam in der Rinkartstraße ein geschlossener Trupp Kommunisten unter Wingen kommunistischer Kampfführer auf dem Bürgersteig an, um eine Kampfversammlung zu beschließen. Die Leute wurden von der Polizei auseinandergetrieben. Fünf Mann wurden zur Wache gebracht. Kurz Zeit darauf wiederholte sich dieser Vorgang in der Leipziger Straße, wo die Kommunisten mit Gewalt auseinandergetrieben werden mußten. Hier wurde der Rabelsführer, der natürlich die Flucht ergriffen hatte, erlantz und zur Anzeige gebracht. Durch diese Unlieblichkeiten werden sich nun die Betroffenen wegen Verstoßes gegen die Rotverordnung zu verantworten haben.

Radler- und Motorradfahrer-Zugung

Zugung. Am Sonnabend hielt die Ortsgruppe Könnig-Radfahrer von Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund „Solidarität“ die Jahreshauptversammlung in Könnig ab. Im Mittelpunkt der Zugung standen die Berichte sämtlicher Funktionäre, aus denen hervorging, daß die Ortsgruppe trotz der jäheren Wirtschaftskrisis auf dem besten Wege ist und ein Bollwerk für die Einheit in der Arbeiterbewegung ist. Im Laufe des Jahres 1931 wurden acht neue Mitglieder gewonnen, so daß jetzt ein Mitgliederbestand von 68 zu verzeichnen ist. Radnufälle sind drei vorgekommen, wovon zwei durch den Bundesvorstand glatt geregelt wurden, während der dritte noch schwebt. In die Bundesliste wurden 288,40 RM abgeführt. Vier Bundesgenossen reisten anlässlich der zweiten Arbeiter-Tournee mit dem Motorrad in 7200 Kilometer bei Wanderfahrten. Auf Anregung entsandten sich einige Genossen, den Saalpost wieder zu pflegen; es finden jeden Mittwoch Fahrübungen im Saale des Herrn Eichling statt. Infolge der schlechten Wegeverhältnisse für Rad- und Motorradfahrer zwischen Könnig und Bitterfeld hatte Genosse Otto Köhlig den Antrag, die Ortsgruppe möge eine Besondere an die Sanität der Kreise Delitzsch und Bitterfeld zwecks Ausbesserung

der Wege richten; diesem wurde einstimmig zugestimmt. Der Vorsitzende Otto Schröder gab einen Bericht über die Situation im 11. Bezirk, aus dem hervorging, daß es im Bezirk wieder vorwärts geht.

Kreis Bitterfeld

Großer Schaden durch einen Brand

Ein gefährliches Feuer suchte das Anwesen des Landwirtes Köhlig in Klammern heim. Dem Brande, der in einer Scheune entbrannte, fielen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, sowie ein großer Haufen und Strohpelz zum Opfer. Lange Zeit war auch das Wohngebäude in Gefahr, dem tobenden Eingreifen der Feuerwehren gelang es aber, ein Liebergefehen zu verhindern. Genossenschaftlichen Kreisen denken darauf hin, daß Brandstiftung vorliegt.

Kreis Jorgau

Anmeldung von Waffen verfügt

Der Regierungspräsident hat auf Grund der Rotverordnung für den Kreis Jorgau angeordnet, daß alle Schuss- und Schlagwaffen sowie Munition von den Besitzern bei den Ortsgruppen gemeldet werden müssen. Zuwiderhandlungen ziehen schwere Strafen nach sich.

Zwei überfüllte Mänschen-Versammlungen

In Lauchhammer und Jorgau fanden am Dienstag und Mittwoch zwei öffentliche Versammlungen mit dem Thema: „Die Wahrheit über Sowjet-Rußland“ statt. In beiden Versammlungen sprach der Genosse Dr. Mänschen (Genf), der mehrere Jahre in Sowjet-Rußland gelebt hat. Die Versammlung in Lauchhammer war von 550 Personen und die in Jorgau von 600 Personen besucht. In Lauchhammer beteiligte sich an der Aussprache der Kommunistin Wittig und in Jorgau vertrat die Kommunistin Kretschke, ohne im eigentlichen auf das Referat einzugehen, alle Kritik an den Behauptungen der Sozialdemokratie in die Schärfe zu ziehen. Nachdem hier der Versammlungsleiter bereits dem Genossen Dr. Mänschen das Schlußwort erteilt hatte, glaubte der kommunistische Delegationsvorsteher durch Störungen und Zwischenrufe die Versammlung für sich zu gewinnen. Der Kommunist wurde aber aus dem Saale geworfen. Nur ganz 60 Kommunisten folgten Herrn Kretschke. Die Versammlung konnte mit einem sehr guten Erfolg für die Partei zu Ende geführt werden.

Belästigtes Todesurteil

Das Schöffengericht Jorgau verurteilte am 28. Oktober u. J. die Ehefrau Frieda Diebmann aus Dornitz zu 4 Jahren wegen Mordes zum Tode und wegen verächtlichen Wortes zu 4 Jahren Zuchthaus. Die Diebmann hatte am Ostermontag u. J. ihre beiden Kinder in ein Wasserloch stoßen, um sich über zu entledigen. Während es dem jüngeren Mädchen gelang, fortzukommen, ertrank der Ältere, nachdem er von der Mutter noch mehrere Schimpfepöbel über den Kopf erhalten hatte. Das Jorgauer Urteil ist nun unter Berufung des angeklagten Todesurteils auf die Revision bei Angeklagten vom Reichsgericht dahin abgeändert worden, daß die Zuchthausstrafe von 4 Jahren Zuchthaus in Verfall kommt.

Enthält Senkung der Brotpreise in Jorgau. Die Jorgauer Bäckermeister haben beschlossen, das Brot wie folgt zu verkaufen: 3 Pfund Roggen-Vollkornbrot zu 48 Pf., 3 Pfund reines Roggenbrot zu 50 Pf., 4 Pfund reines Roggenbrot zu 66 Pf., 4 Pfund Roggenbrot zu 82 Pf. und 6 Pfund Roggenbrot zu 88 Pf.

Neuen Leichenfund. Beim Aushäuten in der Elbe fand ein Fischweiber aus Brehm eine männliche Leiche im See. Ob Leiche noch oberhalb verhaftet vorliegt, müssen die Nachforschungen ergeben. Der Leiche muß schon lange im Wasser gelegen haben, so daß eine sofortige Beisetzung nötig war. Eine bessere Wirt und etwas Geld waren die einzigen Habseligkeiten, die man vorfand.

Kreis Liebenwerda

Die Bergarbeiter unter der Rotverordnung

Bedrohlich. Nach der letzten Rotverordnung zur Eisierung des Finanzens sollen, außer anderen sonstigen Bestimmungen, über die man gleichfalls geteilter Meinung sein kann, auch die Löhne und Gehälter auf den Stand vom 10. Januar 1927 gebracht werden. Die heiligen Bergarbeiterlöhne sind aber bereits auf einem derartigen Tiefstand angelangt, daß die neuerliche Senkung, wenn sie auch auf diese Bergarbeiterlöhne überträgt, einen Tiefstand erreichen wird, der unter dem 10. Januar 1927 liegen wird. Man bezeichnet diese Auswirkung der Rotverordnung als die Folge der „bedrohlichen Lage des Bergbaues“. Wie diese „bedrohliche Lage“ des Bergbaues aussieht, das werden jene Kreise aus dem tatsächlichen niedrigen Lebensstand ersehen können, die unter dem Druck sogenannter Werkkonjunkturvereine stehen. Die Vertreter der Bergarbeiter werden sich bei ihren künftigen Verhandlungen auch einmal mit dieser Seite befassen müssen.

Familien-Nachrichten

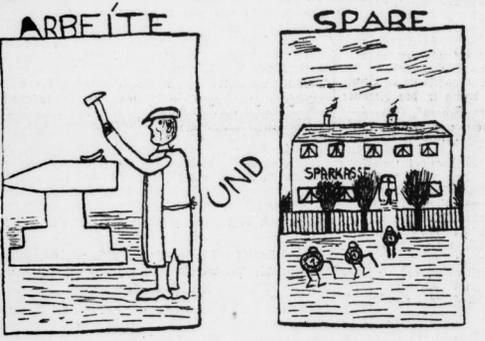
Halle: geb. Dr. Carl Lorenz, Eilenburg: geb. Margarete Rindow, Clara Bartsch, Pauline Wolf, Delitzsch: geb. Robert Gehrt, Jorgau: geb. Hermann Haas, Ströden: geb. Marie Treubler, Delitzsch: geb. Otto Wagner, Halle: geb. Martin Lehmann.

Freunde, Parteigenossen!

Werft Eure Zeitung, wenn Ihr sie gelesen habt, nicht weg. Schickt das Blatt Euren Verwandten und Bekannten auf dem Lande. Lest das Blatt Eure Nachbarn lesen. Werbt unablässig für Eure Zeitung.

Verantwortlich für Inhalt, Redaktion und Anzeigen: Carl Bartsch; für Sozialen Gesamtansehen: Sozialer Rat; für Vertrieb und Sport: Fritz Schütz; sämtlich in Halle. — Verantwortlich für den Druck: Fritz Schütz, Halle; Druck und Verlag: Halle: Druckerei-Gesellschaft mbH, Colte, Str. Arbeiterstr. 6.

Förderung des Sparsinns in der Schule



Freudigen Wiederhall fand ein von der Kreisparkasse in Delitzsch veranstaltetes Preisparen. Die Kreisparkasse hatte Preise von RM. 150.— abwärts ausgesetzt für Schulen, die während der Zeit von Ostern bis zum Weltspartag regelmäßig und möglichst geschlossenen Sparbeiträge abführten. Es kam nicht auf die Höhe der einzelnen Beträge an; immerhin wurden trotz der im Sommer einsetzenden Geldschwierigkeiten über RM. 9000.— aus kleinen und kleinsten Beträgen zusammengetragen.

Bei der vor Weihnachten erfolgten Preisverteilung war die Freude über die Anerkennungen sehr groß, so daß eine Reihe schriftlicher und mündlicher Dankäußerungen unaufgefordert einging. Einige Schulen wollen die Beträge verwenden zur Ergänzung ihrer Bibliothek, andere für Ausrüstungs-Gerätschaften bei Wanderungen usw. Einzelne Schüler haben auch durch persönliche Dankschreiben ihre Freude über den errungenen Preis zum Ausdruck gebracht.

Ganz besonders eindrucklich hat ein kleiner, ideal gestimmter Sparer aus Gerbisdorf die Sparidee im Bild aufgezeichnet. Die Kreisparkasse stellt uns eine naturgetreue Wiedergabe dieses Bildes in verkleinelter Form hieron zur Verfügung. Das Original hat die Kreisparkasse eingeraumt und in ihren Kassenzimmern ausgehängt.



Beim Nachfüllen von MAGGI-Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

Es gibt für eine Flasche Nr. 0 1/2 Gutscheine
 Nr. 1 2x 1/2 -
 Nr. 2 3x 1/2 -
 Nr. 3 6x 1/2 -



Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI-Suppen und MAGGI-Reischbrühwürfel, gibt es Gutscheine

Jeder Nazi will Bade-Direktor werden

Kampf um den Borkumer Posten

Das Nordseebad Borkum braucht einen Badedirektor. Er ist in vergangenen Jahren — durch rüchsten Antifaschismus fast in Vergessen geraten. Jetzt sucht die Gemeinde einen Badedirektor, der unter Umständen auch bescheidene Gemeindevorsteher werden kann. Die Ausschreibung der Stelle erfolgte in üblicher Weise. Aber die Nazis wollten das Borkumer Spiel nicht aufgeben. Deshalb brachten sie die Anzeige auch im „Wälfischen Beobachter“ ab mit dem Hinweis, daß Besetzungen an die Geschäftsstelle der NSDAP in Borkum zu richten seien.

Nunmehr sind wir in der Lage, aus den nationalsozialistischen Bewegungen einige interessante Stellen zu veröffentlichen, die eines Parteibuchbeamten in Reinkultur zeigen, auf das wir oft genug verweisen haben. Lassen wir die Auszüge für sich sprechen:

Ein Gastwirt:

„1914 wurde ich in den Krieg gezogen, wo ich zwei Jahre als etatsmäßiger Wachmeister und zwei Jahre als Offiziersstellvertreter ausdiente. (1) Da ich selbst und meine beiden Söhne Mitglieder der NSDAP sind und kämpfe für das dritte Reich, so würde ich mich freuen, bei Ihrer Wahl Berücksichtigung zu finden.“

Bei einem

Inspektor a. D.

heißt es: „... ein Sohn der sonnigen Pfalz am Rhein und jenseitiger Urahnen Adolf Hitlers. Als 23jähriger Beamter der ... Notenanstalt habe ich schon die Ehre, 50 000 neuausgegebene 100-Mark-Scheine als Kontrollierer handhabend zu unterzeichnen.“

Wenn diese Ehre keine genügende „Befähigung“ für einen

Borkumer Badedirektor ist, dann gib's keine! Außer der natürlichen das Parteibuch des großen Adolfs in der Tasche zu haben! Doch es kommt noch besser!

Ein Hauptmann a. D.

schreibt schlicht, kurz und offen. Er trifft den Kern: „... erlaube ich mir, als Mitglied der NSDAP, mich um die Stellung als Badedirektor zu bewerben. Mit Hitler Steil ...“

Hauptmann a. D. ist die eine, das Parteibuch der Nazis die andere Voraussetzung für einen Borkumer Badedirektor!

Ein Deamler

bewirbt sich so deutlich: „Der politischen Einstellung wegen wurde ich in mehreren Städten nicht zum Bürgermeister gewählt und hoffe ich, da unterzogen, wo Nationalsozialisten zu wählen und zu bestimmen haben.“

Für seine Offenheit wird ihm das deutsche Volk, das endlich Beweise für das nationalsozialistische Parteibuchsystementum erhält, dankbar sein.

Doch es gibt auch Bewerber, die neben dem Parteibuch auch noch so etwas wie eine fachliche Befähigung nachweisen wollen.

Ein Rittmeister a. D.

„Ich bin gewandt im Wort und Schrift und würde mich mit meiner ganzen Persönlichkeit in die Arbeit stürzen. Auch in die Gemeindeverwaltung würde ich mich schnell einarbeiten, da ich ein gutes juristisches Urteil habe. Mein Großvater war Jurist.“

Freilich, wenn man als Mitglied einer Justizanstalt schon überzeugt ist, daß sich Blinde Haare und blauer Anzug verdienen, warum sollte sich da nicht auch die Jurisprudenz des Großvaters vererbt? Borecht allerdings ist man noch nicht so weit. Darum baut der

weisse Mann vor und erlaubt sich durch das Parteibuch eine wünschenswerte Stelle.

Eine Frau bewirbt sich für ihren Mann.

der Büroangestellter ist: „Mein Mann fährt früh gegen 6 Uhr fort und kommt abends gegen 7 Uhr wieder, so daß mich keine Zeit bleibt, auf ihn zu warten. Selbstverständlich ist er Mitglied der NSDAP und Teilnehmer an der Rednerliste der Partei. Ich selbst war Buchhalterin im Hotel C. in W., in dem unser großer Führer Adolf Hitler mit seinem Etage zu wohnen pflegte.“

Alle diese Bewerber sind scheidere und braue „Eulen“ der Nazibewegung, die den Kern des Drehs noch nicht erreicht haben. Dazu muß man den Faschismus und Kenner der Bewegung hören.

Ein nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter

schreibt: „... beziehe 3000 Mark monatlich, so daß ich mein Einkommen im Jahre ...“

Einige wenige, aber vielzählige Beispiele, die nicht auf die Nationalsozialisten im „Wälfischen Beobachter“ eingelaufenen Bewerbungen! Dieser Ungeist der Parteibuchselbstigkeit, die jeden Parteibuchbeamten und Parteibuchbesitzer zu einem großen Reichstagsabgeordneten macht, ist ein großes Übel.

Die Gemeinde- und Baderverwaltung auf Borkum, in der die Nationalsozialisten seit den Wundmeyer-Ergüssen eine einflußreiche, aber um so wichtigeren Wundenheit sind, demt nicht daran, einen Bewerber anzunehmen, der unter Berufung auf sein Parteibuch den Rang einer fachlichen Eignung bagatellisieren will.

Sühne für den Mord an der 22jährigen Greifin Wabnitz

„Der Mörder mit der Geige“

Sensationsprozeß in Berlin

Das Schwurgericht beim Landgericht I Berlin wurde am Freitag der 22jährige Musiker Helmut Kleiner wegen Einbruchsdiebstahls mit nachfolgendem Totschlag am 12. Januar 2. Romanen Justizhaus verurteilt. Außerdem erkannte das Gericht auf 5 Jahre Gefängnis.

Am 22. Oktober vorigen Jahres wurde in einem Hause in der Angermünder Straße im Norden Berlins die 22jährige Witwe Wabnitz ermordet aufgefunden. Der Verdacht richtete sich auf einen jungen Mann, der drei Tage vor der Tat bei der Ermordeten ein Zimmer gemietet hatte. Der junge Mann hatte in ziemlich kindlicher Weise aufgefunden über sich und seine in Breslau wohnhafte Familie erzählt, so daß er auf diese Weise Material zu einem recht eingehenden Steuereifer lieferte. Besonders war in dem Steuereifer auch von jener wertvollen Geige die Rede, mit deren Besitz Helmut Kleiner wiederholt renommierter hatte. Von dieser Geige erzählte Kleiner auch in Waldenburg (Schlesien), wohin er geflohen war.

Ein Vollst. der Kleiner in Waldenburg zunächst nur wegen einer Jodelprellerei auf den Zahn schickte, erkannte in ihm den durch Steuereifer angelegten „Mörder mit der Geige“. Er sagte dem Verdächtigen die Tat auf den Kopf zu. Kleiner gestand. Er wurde nach Berlin überführt.

Hatte man ursprünglich das Verbrechen eines Raubmordes angenommen, so ergab die gerichtliche Voruntersuchung einen Einbruchsdiebstahl mit nachfolgendem Totschlag; als Motiv des Totschlages ermittelte die Untersuchungsbehörde die Wälfische des Täters, sich der Ergehung auf früherer Tat zu entziehen. (Die Mindeststrafe für dieses Verbrechen ist 10 Jahre, die Höchststrafe 15 Jahre Zuchthaus.) Die Anklage lautete entsprechend.

Kleiner stammt aus Breslau. Seine leicht hysterische, etwas psychopathische Art im Verein mit der wirtschaftlichen Ungunst der Zeit hinderten ihn, beruflich auf irgendeine Weise festen Fuß zu fassen. Er war ein ganz guter Geigenspieler und glaubte als Gefängniswärter sein Brot verdienen zu können; jedoch gelang es ihm nur selten Arbeit zu bekommen. Von Breslau aus verfuhr ihn

das Schicksal nach Lübeck — dann kam er wieder nach Breslau zurück —, nun hoffte er, eine Tätigkeit in Glognitz zu finden; in Wirklichkeit bestand seine Glognitzer „Tätigkeit“ darin, daß er eine Geige unterstahl und für 20 Mark verlegte.

Kleiner reiste nach Berlin; hier war er, wie er sagt, stets bemüht, Arbeit als Gefängniswärter zu finden. Alle seine Verusche seien jedoch daran gescheitert, daß er, „der Mörder mit der Geige“, keine Geige gehabt hätte; er erklärt: „Ich wollte mit Geld verschaffen, auch auf unerlaubte Weise — nur um eine Geige kaufen zu können...“

„Die unerlaubte Weise“, auf die sich Kleiner Geld verschaffen wollte, war der Einbruchsdiebstahl bei einem Untermieter der Witwe Wabnitz — drei Tage, nachdem sich Kleiner gleichfalls bei der als freundlich und lümpflich geschilderten Gesandtenbesuch erlangte hatte. Kleiner drang in das Zimmer dieses anderen Untermieters ein, erbrach den Schrank, entwendete einen Anzug; beim Hinausgehen wurde er von Frau Wabnitz überfallen; empört schrie die Greifin: „Was machen Sie da? Sie stehlen ja!“ Kleiner drang auf die Frau ein — er wollte sie zum Schweigen bringen. Aber erst recht laut schrie nun Frau Wabnitz um Hilfe, und nun schlug Kleiner in hilfloser Wut auf die Greifin ein. Mit einer Reihe wichtiger Schläge streckte er sein Opfer zu Boden. Der als Zeuge vernommene Gerichtsredner sagt, daß er fast nie in seiner Praxis einen derart zugerichteten Leichnam gesehen habe; außer verbliebenen Würgemarken habe er nicht weniger als 26 Kopfwunden gezählt.

Der zweite bedeutigste Schöpfer führte aus, daß bei dem Angeklagten trotz einer gewissen physischen Beeinträchtigung von einem Ausbruch der freien Willensbestimmung nicht die Rede sein könne. Er glaubte weiterhin auf Grund der Unternehmung des Angeklagten lagen zu müssen, daß Kleiner an der Tat „affektiv nur wenig beteiligt“ gewesen sei.

Auch der Staatsanwalt sah durch das Ergebnis der Beweisaufnahme die beabsichtigte Tötung als bewiesen an. Als Motiv der bewußten Tötung tünde die in § 214 des StGB. vorgesehene und bereits in der Anklage unterstellte Wälfische in Frage, sich der Ergehung auf früherer Tat zu entziehen. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf 14 Jahre Zuchthaus. Das Gericht schloß sich der Beweisaufnahme des Richters an, milderte aber das Strafmaß.

Die Not wächst

1,65 Millionen Wohlfahrtsverweiser Ende Dezember

Wie der Deutsche Städtebund mittelt, ist die Zahl der Wohlfahrtsverweiser, das heißt der Arbeitslosen, die noch nicht oder nicht mehr von der Arbeitslosenversicherung oder der Arbeitsfürsorge unterstützt werden und daher die Gemeindefürsorge belasten, im Dezember weiter stark gestiegen. Allein in den Städten mit mehr als 25 000 Einwohnern betrug der Zuwachs seit dem 30. November rund 90 000, das sind 8,6 Prozent. Für die Gesamtheit der Gemeinden und Gemeindeverbände dürfte sich am 31. Dezember 1931 der Zuwachs gegenüber dem Vormonat auf mindestens 1 200 000 belaufen, so daß Ende Dezember in der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge insgesamt rund 1 650 000 Erwerbslose verzeichnet wurden.

Im vergangenen Jahre haben sich die Wohlfahrtsverweiser nahezu verdoppelt. Unter Zugrundelegung des gegenwärtigen Standes beträgt die finanzielle Belastung der gemeindefürsorge auf je Jahr geschätzt rund 1 Milliarden Mark, wenn ein Aufwand von nur 625 Mark je Fürsorgefall und Jahr angenommen wird.

Erlaß des Postministers für Beamtinnen

Der Reichspostminister hat folgende Verfügung erlassen: „Wenn in Fällen, in denen verheiratete weiblichen Beamten das Dienstverhältnis gekündigt worden ist, sich im Laufe der Rindigungsfrist herausstellt, daß die wirtschaftliche Versorgung nicht mehr gesichert erscheint, so ist die Rindigung zurückzunehmen. Es entspricht nicht der Wälfische des Reichspostministeriums, daß die Rindigung in der Schwere gelassen und die Beamtin über den Ablauf der Rindigungsfrist hinaus auf Widerruf beschäftigt wird. Gegebenenfalls würde die Rindigung später von neuem auszusprechen sein.“

Carrajanis Pläne

Der durch das Antwerpener Brandunglück so schwer betroffene Zirkusdirektor Carrajan hofft nach Unterbrechung von mehreren Tagen sein Antwerpener Gastspiel zu Ende führen zu können; Gastspiele in Gent, Brügge und Paris lassen sich anvisieren. Aus Dresden sind neue Kostüme angefordert worden. Mit dem Tode der schwerverletzten Elefanten muß leider getrennt werden. Der Elefant „Prinzess“, der infolge seiner Schmerzen in einen Festungsgraben geprügelt war, ist seinen Verletzungen erlegen.

Abtreibungsprozeß

Dem Schwurgericht Guben wurde der Gewandmachermeister Ehlers aus Fürstentum wegen gemerdsamiger Abtreibung zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Zwei Mitangeklagte erhielten je 2 Jahre und 10 Monate Gefängnis. Elf angeklagte Frauen und Mädchen, bei denen Eingriffe vorgenommen worden waren, erhielten unter Zuhilfenahme mildernder Umstände und bei Gemäßung von Strafauflage Gefängnisstrafen von 3 Tagen bis zu 4 Wochen.

Die verlorene Handschrift

Aus der Zerularem El-Eija Wofschke (Oma-Wofschke) wurde ein 800 Jahre altes Koran-Bergament gestohlen. Es handelt sich um ein in klassischem Arabisch abgefaßtes Manuskript von außerordentlich hohem Wert.

Zwei Verschnittete als tot festgestellt

Dresden, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Von den bisher noch vermissesten beiden Begleitern der Caritzenturm-Gruppe wurden am Donnerstagnabend zwei als tot festgestellt. Ihre Bergung konnte jedoch noch nicht erfolgen.

Kapitalistischer Wahnsinn

Eine Million Sätze Kaffee werden verbrannt

New York, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die Stadterhaltung von Santos (Brasilien) hat beschlossen, eine Million Sätze Kaffee als Brennmaterial für die städtischen Gaswerke zu verwenden. In der gleichen Stadt bzw. ihrer Umgebung werden in letzter Zeit bereits Millionen Zentner Kaffee als Heizung für die Lokomotiven verbrannt.

Riesenkundgebung in Hamburg

Der Aufmarsch der Eisernen Front

Hamburg, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Hamburg hat die gewaltigste Kundgebung aller Zeiten erlebt. Die Eisernen Front ist mit dieser Kundgebung vor und von den Massen der Arbeiterpartei geschlossen worden. Die drei größten Säle Hamburgs reichten nicht aus, um die Massen zu fassen. Am Gewerkschaftshaus mußte eine Parolereinfassung durchgeführt werden. Es waren schätzungsweise 30 000 Personen, die sich zu den Kundgebungen eingefunden hatten. Zu den Massen sprachen der Bundesführer des Reichsbanners Höltermann und der Führer der Arbeiterpartei Wittenberg.

Der Appell der Redner zum kampfbereiten Zusammenstehen fand überall starke Begeisterung. Zum Schluß der Kundgebung erhoben sich Zeinhaltungen zu einem Hoch auf die Eisernen Front.

Kommunale Finanzfragen

Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium

Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und Vertretern der Städte über die Finanzierung der kommunalen Wohlfahrtsstellen haben in den letzten Tagen zu zahlreichen Gerichten über neue steuerpolitische Maßnahmen geführt. Es ist neuerdings von der Erhöhung der Umsatzsteuer, von neuen Gehaltssteuern und ähnlichen Maßnahmen die Rede. Dabei handelt es sich jedoch, wie ausdrücklich hervorgehoben werden muß, in erster Linie um Wünsche der Interessierten Kreise. Tatsächlich ist die Situation der Wohlfahrtsstellen so ernst, daß die Städte nicht mehr auf die Gemeinden über den ihnen bereits zur Verfügung gestellten Betrag von 230 Millionen hinaus die Wohlfahrtsstellen abzubauen. Einem Prozent in diesem Prozeß eine Erhöhung der Umsatzsteuer oder gar ein Abbau der Biersteuer bzw. anderer Steuern in Frage.

Börsen, Märkte und Handel

Berliner Getreidebörse vom 15. Januar

Ruhige Stimmung

An der Berliner Weizenbörse herrschte am Freitag wieder ruhige Stimmung. Die Weizen war die Ernte etwas mütter, und die Notierungen am Freitag der Getreidebörsen lagen teilweise etwas oberhalb der vom Freitag abend. Die Weizen waren am Freitag die Notierungen wurden unwirksam. Auch Roggen wurde am Freitag der Getreidebörsen wie im Weizenhandel unwirksam notiert. Wie blieb das Angebot gleichfalls klein und konnte zu unwürdevollen Preisen Aufnahme finden. Die Weizenbörsen hat sich wieder künftigen beruhigt. Es fanden in der Hauptweise nur die dringenden Bedarfslieferungen statt. Bedingt für Roggen in den billigen Quantitäten zeigte sich noch etwas mehr Interesse. Roggen hatte sehr ruhige Geschäft. Die Weizen lieferten sich beherrschend. Einwundern blieb die Stimmung für Industrie- und Getreidegüter.

14. Januar		15. Januar	
(auf nächste Station in Mark)			
Weizen	222-224	222-224	
Roggen	196-198	196-198	
Gerste	160-170	160-170	
Futter- und Anfuhrgetreide	132-137	132-137	
Hofe	138-148	138-148	
Bismut	27,90-31,25	27,90-31,25	
Roggenmehl	27,00-29,25	27,00-29,25	
Getreidemehl	9,20-10,00	9,20-10,00	
Roggenstroh	9,90-10,40	9,90-10,40	

Handelsnotizen: Weizen März 229-230½, Mai 244-247, Roggen März 208, Mai 212, Voller März 104½-104½, und Getreide, Mai - 102.

Berliner Weizenmarkt

„Sah“ sich das Angebot auf dem Weizenmarkt, was am Freitag wieder der Fall war, etwas vermehrt, schlagen die Weizen noch unter um. Die Rindigung der Weizenlieferung ist eben so geringfügig, daß auch schon kleine Gütergruppen am Freitag nicht gekauft wurden. Die Weizen sind die Menge, die der Markt am Dienstag müßig machen konnte, sind am Freitag wieder weniger geworden. Auch auf dem Bismutmarkt haben die Weizen, weil das Angebot fast war, noch auf dem Bismutmarkt waren höchsten (schwere) Preise erzielt. In den anderen Rindern vermindert sich die Weizen. Die Weizenlieferung auf dem Bismutmarkt war ebenfalls reichlich, was sich in den Weizen ausprägte.

Notierungen: Weizen: a) über 200 Bushel 41 (-), b) 200 bis 200 Bushel 41 (-), c) 200 bis 240 Bushel 88-41 (-), d) 100 bis 200 Bushel 30-38 (-), e) 120 bis 160 Bushel 35 (-), f) 35 (-), g) 35 (-), h) 35 (-), i) 35 (-), j) 35 (-), k) 35 (-), l) 35 (-), m) 35 (-), n) 35 (-), o) 35 (-), p) 35 (-), q) 35 (-), r) 35 (-), s) 35 (-), t) 35 (-), u) 35 (-), v) 35 (-), w) 35 (-), x) 35 (-), y) 35 (-), z) 35 (-).

Jean Jaurès

Eine Porträtkizze / Von Hermann Wendel

Im Ernst-Revolutions-Beruf ist Jaurès unter dem Titel „Zentralische Menschen“ eine Sammlung von Porträts französischer Männer und Frauen von 1789 bis 1871 erschienen. Hier entziehen der 26 Porträts unvollständigen Reihe, die mit dem Namen des Autors, „Jaurès“, beginnt, den Charakter, der sie von den anderen Porträts dieser Reihe unterscheidet. Nichts fügt sich so zunglücklich unserer Vorstellungswelt ein wie die Annahme, daß Jean Jaurès ein rüstiger Greisler, unter uns wandelnde, Haar und Bart weiß, aber sein Auge lebendiger, sein Lächeln menschlicher sein ließe. Wieviel läßt er, der aktiven Politik abgeteilt, in Albi und Luchon an den Werten, die er für seinen Lebensabend aufgegeben hatte, über den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, über Jaurès' Werte, über Dante und andere. Denn dieser reichte weit über die Grenzen der Zeit hinaus, nicht für Tage und Wochen, sondern für Jahre und Jahrzehnte in die Zukunft. Was Jaurès nicht nur ein Politiker, der sich im parlamentarischen Betrieb behauptete wie nur einer, so sehr das Gegenteil eines platten Routineiers, dem die Wände des Fraktionszimmers die Welt begrenzen. In einem Brief schildert der einundzwanzigjährige Jaurès einmal die Fruchtbarkeit seiner Heimat: Die Scheuern beruhten von Getreide, das Land von Karthoffeln überflutet, Pfirsich- und Pfämenbäume brechen unter der Last der Früchte, die Rebenfügel — „Wein und Heiligkeit wird man in vollen Sägen in unsern schönen Säben trinken!“ So verschwenderisch hatte die Natur auch den treuen Sohn dieser Landschaft ausgestattet. Schon darin erwies sich der überzeugte Internationalist ganz als Franzose, daß ihm die stoffliche Bildung lebenslanger Teil seines Lebens war. In den Wandjahren der Kammer regte aus der Tiefe seines gemäßigten Jactets ein Bändchen Kates, und mit der Sprach- unerschöpflicher Bauern- und Kleinbürgergelehrter mit jener Rhetorik, die nur großen Künstlern und kleinen Kindern eignet, das Leben, die Natur, die Literatur Tag für Tag neu erlebte, so endete er an Homer immer wieder neue Schönheiten. Aber die Reizung zur Antike hinderte ihn nicht, Deutsch zu verstehen und in Goethe zu verstehen oder Englisch zu lernen und an Shakespeare heranzugehen, und als der längst berühmte nach Südamerika fuhr, machte er sich mit Spanien und Portugal für so vertraut, daß er auf dem Schiff Ceramones und Camoes in der Liprache las. Der sich in jungen Jahren einmal „egiptische Gaudien“ vorwarf und allezeit ein begnadeter Schmeißer war, gemann es über sich, wenn er nach anstrengender Kammerarbeit seinen täglichen Sekretär zu Papier gesetzt hatte, spät abends noch anderthalb bis zwei Stunden zu lesen, und zwar alles, monon er irgend innere Bereicherung erwartete: Philosophie, Geschichte, Biographien, Briefwechsel, Erinnerungen, Romane, Dramen, Gedichte, pädagogische Werke — in seinem Hirn war Raum für die Sophistikalt der Bergarbeiter wie für den Glanz eines Rembrandtschen Gemäldes, und

Sozialismus hieß ihm Brot für alle, aber im gleichen Atemzug Schönheit für alle.

Wie Jaurès zum Sozialismus kam und wie er den Sozialismus aufbaute, verriet nicht minder den Franzosen. Er verkannte nicht etwa die Werte, die von Hegel zu Marx führte, und lehnte es nicht ab, seine logische Ästhetik, die er in seinen „Gestern“ seines genialsten, seit 1880 bis 1885, Doktorarbeit behandelte. Kant, Fichte, Schelling, Hegel geriebt, die Ursprünge des deutschen Sozialismus, und philosophisch legte er sich mit den ewigen Dingen auseinander, ehe er politisch die zeitlichen anpackte. Aber zum Sozialismus gelangte er über den Republikanismus. Als der 26jährige Privatdozent an der Universität Toulouse, zum erstenmal in die Kammer gewählt, sich zum linken Zentrum hielt, näherte er der Weltanschauung, daß jeder Republikaner, der den republikanischen Gedanken zu Ende denkt, Sozialist werden muß. Aber auch als er diesen Traktat eingelehen hatte und der moralischen Weisheit teilhaftig geworden war, griff er gern auf die französische Literatur, vor allem auf die Große Revolution zurück, um die Forderungen des Sozialismus sinnfällig zu machen. Besonders lieb als Gedächtnisstütze der Jahre 1789 bis 1793 zu bezeichnen, erstreckt er von Anfang an eine Verbindung des historischen Materialismus und des historischen Idealismus; die materialistische Auffassung der Geschichte hinderte ihn nicht an ihrer idealistischen Ausdeutung. Ebenfalls verknüpfte sich bei ihm Individualismus und Sozialismus. Wie er in der zukünftigen Gesellschaft eine „Synthese vom Individualismus eines Broudhon und Kommunismus eines Marx“ sah, so war ihm das Individuum das Maß aller Dinge, der Sozialismus die höchste Befähigung des menschlichen Geistes und die höchste Ausdrucksform des revolutionären Individualismus.

War Jaurès also Reformist? Er wandte sich gegen Bismarck, als dessen „Reaktionismus“ ihm die Botschaft der sozialistischen Lehre zu erschüttern schien. War Jaurès also Republikaner? Er verlor den Eintritt zum Sozialisten in die Republik, als er nur darin die Rettung der bedrückten Republik erblickte. Mögen Eitelkeiten wie Reformist und Republikaner für die Reinen zutreffen, so sprachen die Großen solcher Scholonen. Für Jaurès jedenfalls war jenseits der Schlagworte mit einem der Reinen sprachen entlehnten Ausdruck das Wesentliche, immer „im Zustand der sozialistischen Gnade“ zu leben, das hieß: jeden Augenblick am Aufstieg des Sozialismus zu arbeiten und den ganzen Aufwand, die ganze Tätigkeit, die ganze Kraft des Denkens und Lebens darauf zu ertreten. In diesem Rahmen hatte der geborene Natur großer Bewegungen

ein ganz unfaßliches System, das ihm über die Lösung fanatischer Dogmen: Alles oder nichts nachdrücklich lächeln ließ. Jaurès war nicht gegen die Revolution; er meinte wohl, daß sich die Wadtergreifung des Proletariats unter ähnlichen revolutionären Zuständen vollziehen werde wie ebendam die der Bourgeoisie. Noch weniger war er gegen die Reformen, die ihm nicht nur Vindication des Gegenwartselends bedeuteten, sondern auch Stufen zum Zukunftsleben aus dem Fels brachten. Vor allem aber hieß ihm Mittel Demokratie. Ob Revolution, ob Reform — die Wahrheit, die Wahrheit mußte hinter sich haben, nur die Föhne des Sozialismus auf erobeter Erde aufpflanzen konnte. So war dieser mandmal verzierte Schwärmer doch ein Mann, der mit der Stange im Rebel herumfuhr, sondern ein Mann, der sich nicht scheute, dem Kaiser von Cambes die Stigmata zu geben. Seine Wandergelübde, der sich und anderen eine Fata Morgana vorgaukelte, sondern ein Baumfeller, der besonnen Eichen an Stein fügte. Immer aber trug er, dem die Teilnahme an der Politik ein fittliches Gebot war, die Stirn hoch erhoben, und die beste Taktik hieß ihm, jene, die sich nach den ewigen Sternen hin zu häupten richtete. Weil die Gerechtigkeitsliebe als bester Anreiz in ihm brannte, nahm er sich schon des unglücklichen

pervertierten Dregfus tatkräftig an, als auch auf der Linken die meisten noch zaghaft zauderten.

Den Begriff der Menschheit mit Blutwunde und Blutstöße zu erfüllen und dadurch dem Individuum die höchste Steigerung seiner Fähigkeiten zu verbürgen, war das Ziel seines unerschöpflichen, weil aus einer mächtigen Lebenskraft hervorströmenden Optimismus. Aber zwischen Menschheit und Individuum stand die Nation, und für Jaurès war Nation kein nebensächlicher Begriff. Da ihm

das Vaterland eine Vorbereitung für den Sozialismus zu sein schien, mußte dem Proletariat wie nur einer Klasse die nationale Unabhängigkeit am Herzen liegen. Darum befaßte er sich in seinem Werk „Le mouvement“ mit der geschichtlichen Form der nationalen Verteidigung und beachtete zugleich den Wahnwitz, daß sich die Wälder für die Profitstreben der Großverdiener die Hülle abnehmen sollten. Ein Redner ohne Gleichen, der jede Verwammung im Sturm nahm, hämmerte er immer wieder auf der dichtesten Kraft seiner Sprache und der lebensschaffenden Macht seiner Überzeugung den Wollen in die Köpfe, daß sie alles, schließlich alles tun müßten, um den Frieden zu erhalten, und rief den Regierenden warnend zu, daß hinter dem Weltkrieg die Weltrevolution stehe. Als Botschafter für den wahren

Erforschung der Krebskrankheit

Der Nobel-Preis für Forschungen auf dem Gebiete der Medizin, die höchste Auszeichnung, die ausschließlich für wissenschaftliche Forschungen der ganzen Erde verliehen wird, ist im abgelaufenen Jahre einem deutschen Physiologen, Otto Warburg, zuerkannt worden, dem zweiten deutschen Physiologen, der durch diese Anerkennung ausgezeichnet wurde. Warburg hat sich in seinen Forschungen mit verschiedenen Fragen der Zellphysiologie beschäftigt, als deren praktisch wichtigste wohl die Untersuchungen zu bezeichnen sind, die die Krebszellen betreffen. Die ungeheure Bedeutung dieser Forschungen auf dem Gebiete dieser unheimlichen Krankheit ergibt daraus, daß die Sterblichkeit an Krebs in den letzten Jahrzehnten erschreckend zugenommen hat. Während im Jahre 1900 im Deutschen Reich an Krebs 39 277 Menschen gestorben sind, an Lungenkrebs 111 000, sind die Zahlen im Jahre 1928 für Lungenkrebs 40 000 und für Krebs 72 529; die Krebssterblichkeit hat sich also in den fast 30 Jahren beinahe verdoppelt und hat die Sterblichkeit der früher führenden Krankheit, der Tuberkulose, überflügelt.

Der Krebs ist eine Erkrankung, die auf einer hemmungslosen Vermehrung gewisser Zellen beruht. Der Körper setzt sich zusammen aus Millionen und aber Millionen Zellen, nur mit dem Mikroskop wahrnehmbare Einzelheiten, eben der Zellen. Das Wachstum des Körpers beruht darauf, daß diese Zellen sich teilen und die jungen Tochterzellen wiederum auf ursprünglichen Zellgröße heranwachsen. Am gelunden Körper vollzieht sich dieses Wachstum in geordneten Bahnen, nach Erreichung eines gewissen Endzustandes hören die Zellteilungen und hört somit das Wachstum von selber auf. Wenn im späteren Leben überhaupt nicht mehr; ihre Zahl ist begrenzt, und was etwa durch Verletzungen verlorengeht, das wird nicht wieder ersetzt. Andere Zellen, die dauernd verbraucht werden, wie z. B. die Zellen der Haut oder die Blutzellen, werden in dem Maße ersetzt, in dem sie zugrunde gehen, so daß der Normzustand an diesen Zellen immer auf gleicher Höhe bleibt. Geht durch Verletzungen eine größere Menge von Zellen zugrunde, wie bei größeren Wunden, so tritt eine sehrbaste Zellteilung bestimmter Zellarten ein, die nur so lange anhält, bis die verlorengegangenen Bezirke sich wieder hergestellt haben, worauf die Zellteilungen wieder eingestellt werden. Demgegenüber zeichnen sich bei der Krebskrankheit die Zellen ein, die in der Krebsgeschwulst enthalten sind, dadurch aus, daß sie sich hemmungslos immer weiter vermehren und auf diese Weise die Geschwulst zu riesigem Tumoren heranwachsen kann. Dieses Wachstum, zu dem Energie, d. h. Kraft, erforderlich ist, geschieht auf Kosten des gesamten übrigen Körpers. Der Zellbestand des Körpers wird erschöpft; eine Abmagerung und Schwächung des Körpers bis zum allerschwersten Grade tritt ein. Das Verhalten der Krebszellen im Gesamterbände der Körperzellen ist daher

frieden Europas aber erkannte er den gefährdeten Frieden, den dauerhaften Frieden, den vertrauensvollen Frieden zwischen Deutschland und Frankreich. Ihn herbeizuführen, war sein höchstes und Letztes. Am Dienst dieser erhabenen Idee kämpfte er unermüdet die bunten Umtriebe eines D'Estafles, die Gefahren des Bündnisses mit Rußland und das Unheil der beschleunigten Dienstzeit, unerschrocken darum, daß die chauvinistische Presse ihn „eine von der deutschen Regierung ausgesandte Hölle“ schimpfte, und gegen ihn Stöße sich hoben und aber als 1911 einhundertbeim Sozialisten in die Pariser Kammer einzogen und einhundertbeim Sozialdemokraten im Berliner Reichstag saßen, erliefte er darin doch ein Unterpfand für die Erhaltung des Friedens. Daselbst Jahr entsetzte die Katastrophe. An ihrer Schwelle stand, am 31. Juli, ein verkommenes Trottel Jaurès nieder. Das starke Gehirn auszulöschen vermochte, war wie ein Sinnbild für die Zeit des Grauens und der Greuel, die jetzt andröhren. Grauen und Greuel dieser Zeit lassen die Frage zu, ob nicht die größte Wort: Stirb zur rechten Zeit! auch für Jaurès gelten und ihn seinen Tod gilt. Denn hätten die vier Jahre, die die Menschheit nicht auf allzu schwere Probe gestellt? Schloß ihm nicht doch ein harmloses Gesicht die Augen, ehe sie statt der von ihm inbrünstig ersehnten „Harmonie der Väterländer“ die entsetzte Barbarei zu schauen bekamen? Wie dem auch sei, uns, die wir noch die Magie seines Lebens perföndlich erfahren haben und um ihn trauern wie am ersten Tage, steht so fähle Krügele nicht zu. Wir wissen nur eins: Eine Rade flackte, mo die großen Kämpfer und Kämpfer stand. Die Welt ist ärmer und fätter geworden, seit dieses große Herz nicht mehr schlägt.

treffend zu vergleichen mit dem Verhalten einzelner Menschen in einem Staate, die sich auf Kosten des gesamten Volkes ernähren, indem sie unheimliche Begierlichkeiten zu stillen, und die sich durch nichts davon abhalten lassen, dieses Verhalten auch in Zeiten der äußersten Not des ganzen Volkes fortzusetzen.

Während die Erforschung dieses unheimlichen Lebens sich vorwiegend Fragen zugehend hat wie der nach einem bakteriellen Erreger der Krankheit (ähnlich wie der Tuberkulose) der Erreger der Tuberkulose ist) oder der Frage, unter welchen Bedingungen der Krebs übertragbar ist, oder durch welche Reize in einem gelunden Körper die Bildung von Krebszellen hervorgerufen werden kann, ist Warburg an die Frage von einer ganz anderen Seite herangegangen. Er hat zu ergänzen gesucht, was bei dieser Krankheit in den Krebszellen selbst vorgeht, in welcher Weise die Krebszelle die Kraft bei gelunden Körpern umsetzt in hemmungsloses eigenes Wachstum. Zur Lösung dieser Frage hat Warburg sich chemischer Methoden bedient und ist zu sehr bedeutungsvollen Ergebnissen gelangt. Die Kraft, die ein gelunder Körper braucht, um sich zu erhalten und Arbeit zu verrichten, kommt im wesentlichen aus Verbrennungen. Ein Vergleich mit einer Maschine müßte dies veranschaulichen: Eine Dampfmaschine, die Arbeit leisten soll, muß mit einem Brennstoff, der Kohle, gespeist werden, und es muß ihr Sauerstoff (zu 1/2 in der Luft enthalten) in genügender Menge zugeführt werden, um die Kohle zu verbrennen. Die Verbrennung bedeutet demnach eine Vereinigung von Kohle mit Sauerstoff, bei der Kraft frei wird. Im Körper entspricht, in dem Vergleich mit der Maschine, die Kohle die aufgenommenen Nahrung und dem Sauerstoff der durch die Atmung im Körper aufgenommene Sauerstoff. Nun gibt es demnach noch einen grundmäßig anderen Weg zur Kraftgewinnung, nämlich den der Gärung, ohne Verbrennung, ohne Sauerstoffzufuhr.

Wenn z. B. aus einer verdorbenen Milch, die Fruchtfaul enthält, durch die Gärung dieses Saftes Milchsäure entsteht, die unter starkem Druck den Kopf aus der Flasche herausschleudert, so ist dies ein Beispiel einer Kraftentziehung aus Gärungsorganismen. Das Problem der Krebsentstehung und vor allem der Krebsheilung ist damit noch nicht gelöst, doch ist es sehr wohl möglich, daß von dieser Kenntnis aus die weitere Krebsforschung zum Verständnis und zur erfolgreichen Bekämpfung des Krebses aufbrechen wird. Immerhin sind schon heute auch praktische Ergebnisse, wenn auch in bescheidenem Maße, auf Grund der Warburgschen Forschungen erzielt worden. Ausgehend von dem Gedanken, daß man im Krebsleiden durch Verbrennungen und Gärungen im Krebsleiden Körper durch Überwiegens des Normzustandes, der Verbrennung, die in den Krebszellen sich vollziehende Gärung hemmen könne, hat man versucht, Krebsstrahlen in höherem Maße mit Sauerstoff zu überflutem, um die Verbrennungen zu steigern. Man hat die Kranken zu diesem Zweck antist Luft, die nur 1/2 Sauerstoff enthält, reinen Sauerstoff lassen lassen (wie man das ja auch bei anderen Erkrankungen, z. B. Gasterkrankungen u. a., zum Zweck der Heilung tut), und es ist bereits von einzelnen Krebskrankungen berichtet worden, die durch diese Behandlung erheblich gebessert bzw. geheilt werden konnten.

Rätselreife

Kombinationsrätsel

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
1	a	b	c	d	e	f	g	h	i	j	k	
2		s	t									
3			s	t								
4				s	t							
5					s	t						
6						s	t					
7							s	t				
8								s	t			
9									s	t		
10										s	t	
11											s	
12												t

Die Buchstaben a a a c h d e e e e e e f g g i i l l m n n n n o r r u u u f i n d in das Quadrat zu legen, daß Worte folgender Bedeutung entstehen: 1. Teil der Pflanze; 2. Dittsch; 3. Burg; 4. Handwerksstand; 5. Wadchenname; 6. Gefäß; 7. ein Tier; 8. ein Tier; 9. ein Tier; 10. ein Tier; 11. ein Tier; 12. ein Tier.

Den nachstehenden 12 Wörtern sind je 3 zusammenhängende Buchstaben zu entnehmen, welche richtig geordnet, die Lösung der Rätselreife ergeben: Parabolisch, Revolution, Sportler, Stiltänzer, Sägemehl, Brennstoff, Refraktionsvermögen, Hausplan, Hilscheibe, Schaufenster, Scheidemann, Reintuch, (h = 1 Buchstabe). B. G.

Schachbrett.

Die leeren Felder des Schachbretts sind so auszufüllen, daß maagerecht Wörter mit folgender Bedeutung entstehen: 1. Steinart; 2. Stadt an der Ostsee; 3. deutscher Pflanzler; 4. Gelatinname; 5. Schmeißer; 6. dänische Insel; 7. erwartungsvolle Uhrzeit; 8. Gienattung. — Die Diagonale von links oben nach rechts unten nennt einen deutschen Dichter. R. B.

P	I	O	L
O	E	B	R
I	E	S	E
P	N	R	M
R	C	I	E
B	R	H	L
N	E	H	U
W	L	K	U

Pyramidenrätsel.

1. Konstante.
2. Fremdwort für „und“.
3. Göttin.
4. Lautezeit.
5. Tischdecke.
6. Wandbelegung.
7. In Teig gebüllte Fleischspeise.

H. S.

Auflösungen der letzten Rätselreife

Kreuzwörter: 1. Maagerecht; 2. Steinart; 3. Golo; 4. Pflanzler; 5. Gelatinname; 6. Schmeißer; 7. Insel; 8. Uhrzeit; 9. Gienattung; 10. Dichter.

Treppwörter: 1. Hauptmann; 2. Maagerecht; 3. Golo; 4. Pflanzler; 5. Insel; 6. Uhrzeit; 7. Gienattung; 8. Dichter.